

ÖSTERREICH – EIN UNHEILBARER PATIENT?

Peter Schwarz

Die vergangenen 20 Jahre bewusst Revue passieren zu lassen ist ein schwieriges und von ambivalenten Gefühlen begleitetes Unterfangen. Das ist fast so, wie wenn man meint gesund zu sein und zur Gesundenuntersuchung geht. Mir geht es nicht schlecht. Ob das immer noch so sein wird, wenn ich diesen Text zu Ende geschrieben habe?

Im folgenden Beitrag unternehme ich den Versuch, mein politisches Erleben in den vergangenen zwei Jahrzehnten, das von einigen großen Frustrationen, aber auch von Hoffnungen gezeichnet war, in Worte zu fassen.

Ich bin einerseits durch meinen Vater, der als Jude aus Wien vertrieben wurde, geprägt. Gleichzeitig hat die Geschichte meiner Mutter, die gemeinsam mit meiner Großmutter im österreichischen Widerstand aktiv war, von der Gestapo entdeckt wurde und die volle Wucht des NS-Regimes zu spüren bekam, meinen Blick und meine Sensibilität für Minderheitenpolitik geschärft.

Vor 20 Jahren regierte eine SPÖ/ÖVP-Koalition das Land. Österreich litt (oder gesundete?) noch immer unter den Folgen der Waldheimaffäre. Die Person Kurt Waldheim hatte eine wichtige Funktion in der Aufarbeitung der Österreichischen NS- und

Nachkriegsgeschichte. Er polarisierte und machte den schwierigen Umgang Österreichs mit seiner Vergangenheit deutlich. Wir konnten feststellen, in welche Lager sich das Land teilt, wenn es um die Themen ging, die unsere Elterngeneration betrafen. Ich meine damit nicht einen Zerfall in die „Guten“ und „Bösen“. So einfach ist das leider nicht. Auch manche anständigen Menschen verstanden nicht immer, was uns so empörte. Und wir, die wir meinten, dass nicht Waldheim, sondern die WiderstandskämpferInnen ihre Pflicht erfüllt haben, verstanden unser Österreich nicht.

Vor genau 20 Jahren, im Jahr 1991, erlebten wir eine Steigerung der Tabubrüche. Jörg Haider strapazierte die „ordentliche Beschäftigungspolitik“, was seinem politischen Leben nur einen kleinen Rückschlag versetzte. Im selben Jahr anerkannte Franz Vranitzky in bis dahin nie da gewesener Deutlichkeit die Verantwortung von ÖsterreicherInnen am NS-Regime, an NS-Verbrechen und am damit über viele Menschen gebrachten Leid. In der Folge wurde der Nationalfonds der Republik Österreich zur Entschädigung von NS-Opfern gegründet. Auch die Gründung des Psychosozialen Zentrums ESRA, das NS-Überlebende und deren Nachkommen betreut und behandelt, fällt in diese Jahre. Nicht nur, weil ich beruflich mit ESRA eng verbunden bin, sehe ich die Unterstützung der Stadt Wien zur Gründung und zum fortlaufenden Betrieb von ESRA als sehr wesentlich an. Damit wurde den hier lebenden Opfern der NS-Verfolgung

erstmals signalisiert, dass sich die österreichische Gesellschaft für die Folgen der NS-Verfolgung, für die Menschen, die darunter litten, verantwortlich fühlt. Diese Hilfe für NS-Überlebende sowie für hier lebende Jüdinnen und Juden allgemein, darf nicht unterschätzt werden. Damit wurde ein wichtiger Beitrag geleistet, um der jüdischen Gemeinde ein bisher bescheidenes, in Zukunft vielleicht bedeutenderes, Wachstum zu ermöglichen.

In diesen Jahren formierte sich auch „das andere Österreich“: der Republikanische Club, die *Initiative Minderheiten* oder auch die starke Stimme der „Grünen“ zu Minderheits- und Menschenrechtsfragen. Engagierte parteifreie Personen und KünstlerInnen meldeten sich zu Wort. Ich empfand diese Zeit auch als einen gewissen Aufbruch.

Nach einem traurigen Dasein, das die jüdische Gemeinde Wiens in den Nachkriegsjahrzehnten fristete, fand sie zu immer mehr Selbstvertrauen. Eine energische Gemeindeleitung konfrontierte die Republik und die Länder mit berechtigten Forderungen. So sehr jedoch wichtige PolitikerInnen das „andere Österreich“ repräsentierten, durch und durch antifaschistisch waren, so wenig wollten viele von der Rückgabe von geraubtem Gut, von Unternehmen, Immobilien oder Kunstwerken wissen. Es schmerzt wohl doch, geraubte Werte wieder herzugeben – auch wenn man nicht selbst geraubt hat. Es gab aber auch PolitikerInnen, die Verantwortung gegenüber einzelnen Opfern

Fremdenrechtspaket 2005 führt zu einer massiven Illegalisierung. Das absolute Ausweisungsverbot für im Inland aufgewachsene Personen wird abgeschafft. Schubhaftbefugnisse werden ausgebaut (maximale Haftdauer von zehn Monaten und die Möglichkeit zur Zwangsernährung).

Vor dem Hintergrund der Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sowie als Folgewirkung von 9/11 verstärken sich Mitte der 2000er Jahre **islamophobe Tendenzen** im öffentlichen Diskurs.

20. September: Tod von **Simon Wiesenthal**. Gründung des **Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaustforschung**.

2005

Behindertengleichstellungspaket wird beschlossen: Dieses beinhaltet u. a. die verfassungsrechtliche **Anerkennung der Österreichischen Gebärdensprache**. Das **Behindertengleichstellungsgesetz** erlaubt lediglich die Feststellung einer Diskriminierung, nicht jedoch deren Beseitigung.

26. Oktober: Eröffnung der Ausstellung **„geheim:sache leben – Schwule und Lesben im Wien des 20. Jahrhunderts“** in Wien

Aufnahme von aufgrund der **sexuellen Orientierung** verfolgten NS-Opfern in das **Opferfürsorgegesetz**.

und der Kultusgemeinde übernehmen. Sie verstanden, dass das Schrumpfen und Verschwinden der Jüdischen Gemeinde Wiens sowie der kleineren Gemeinden in den Bundesländern einen Verlust für Österreich bedeuten würde.

In den vergangenen 20 Jahren schuf die Jüdische Gemeinde eine moderne, auf Wachstum ausgelegte, Infrastruktur. Es war spürbar: Die Koffer, auf denen man saß, wurden ausgepackt. Die Unterstützung der öffentlichen Hand war und ist bedeutend und hoffentlich mehr auf Verantwortungsbewusstsein als auf schlechtem Gewissen gebaut.

Nochmals einen Schritt zurück: 2000 wurde eine ÖVP-FPÖ-Regierung mit Haider im Hintergrund gebildet. Dies ist ein einprägsames Ereignis für mich und viele meiner Freunde. Es ist schwer zu beschreiben, was wir damals – bei diesem neuerlichen Tabubruch – empfunden haben. Viele von uns hatten die Erzählungen unserer Eltern noch gut in Erinnerung. Schilderungen der Jahre, als die Nazis in Deutschland und später in Österreich immer mehr an Bedeutung gewannen und schlussendlich herrschten. Ich dachte nie, dass wir physisch bedroht wären, auch nicht, dass Österreichs Demokratie ernsthaft in Gefahr war. Bis dahin lebten wir im Bewusstsein eines doch in weiteren Kreisen herrschenden antifaschistischen Konsenses. Dieser schien nun ins Wanken zu geraten. Illusionen schwanden und schwinden zunehmend. Man muss erkennen, dass fast keine Koalitionsform unter den heute vorhandenen politischen Parteien undenkbar ist.

Aufgrund der FPÖ-Beteiligung an der Regierung regte sich Unmut und Ratlosigkeit in der EU. Das Ausland musste beruhigt werden und so entstand in dieser Zeit auch Erstaunliches: Der Allgemeine

Entschädigungsfonds. Nun wurden wirtschaftliche Schäden der NS-Opfer nicht nur pauschal, sondern auch konkret, auf Basis des nachweisbaren Verlustes, entschädigt. Mühsame und langwierige Verfahren mussten die „AntragstellerInnen“ eingehen. Dass die berechneten Prozentsätze, die erst in den letzten Jahren als Entschädigung überwiesen wurden, in den meisten Fällen nicht über ein gestenhaftes Maß hinausgingen, war vorherzusehen, für viele aber dann doch enttäuschend. In dieser Zeit erhielt meine Mutter nach mehr als 60 Jahren 162,50 Euro als Haftentschädigung für drei Monate Gestapohaft. Manchen hat es wohl geholfen, einen menschenwürdigen Lebensabend zu bestreiten.

In dieser Zeitspanne von 20 Jahren wurden AusländerInnen und MigrantInnen zur Gefahr hochstilisiert. Je mehr Europa zusammenwächst, desto mehr bauen wir unsere Wagenburg aus. Fremdenrechtsnovelle folgt auf Fremdenrechtsnovelle, Drogenrazzia auf Drogenrazzia. Mittlerweile haben wir wohl alle verstanden: Die „Anderen“ sind gefährlich. Wir brauchen Gesetze, die uns vor „den Anderen“ schützen. Und diese Gesetze müssen konsequent umgesetzt werden. Wo kommen wir hin, wenn ein junges Mädchen mit „Rehaugen“ in die Kamera blickt, vielleicht sogar gut Deutsch spricht und hier in die Schule geht – und dann auch noch hier bleiben will! Da hilft nichts: Gesetze sind zum Umsetzen da. Lieber *wegweisen*, als *den Weg zu weisen*, der in die Mitte unserer Gesellschaft führt.

In Kärnten gibt es endlich eine Ortstafellösung. Sie entspricht nicht ganz dem Staatsvertrag und kommt auch viele Jahre zu spät. Aber endlich eine Lösung. Damit sie Wirklichkeit wird, muss jetzt nur noch die Mehrheit über die Minderheit

abstimmen. Über welche Minderheit wird als nächstes abgestimmt?

Wir haben einen 3. Nationalratspräsidenten, der aus seiner Gesinnung kein Hehl macht. Heinz-Christian Strache hat Jörg Haider erfolgreich politisch beerbt, was ich nie für möglich gehalten hatte. Wir haben eine große Koalition, die es nicht schafft, eine Gegenposition zur Rechten aufzubauen.

Trotz vieler kluger, engagierter Menschen ist die Situation in Österreich trist. Der Trend deutet nicht in eine positive Richtung. Man gewinnt vielmehr das Gefühl, dass sich der Boden unter den Füßen bewegt und irgendwann auch ins Rutschen geraten könnte.

Jetzt habe ich auch meinen Termin bei der Gesundenuntersuchung abgesagt. Besser, man weiß nicht, wie krank man ist!

Die starke STIMME der *Initiative Minderheiten* kann zwar nicht die angesprochenen Probleme lösen, ist aber notwendiger denn je!



P. Schwarz © Parlamentsdirektion/
Bildagentur Zolles/Mike Ranz

Peter Schwarz
ist *Vorstandsmitglied* der Initiative
Minderheiten und Geschäftsführer des
Psychosozialen Zentrums ESRA.

Die 2003 verabschiedete EU-Richtlinie zum **Schutz vor Diskriminierung für langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige** wird umgesetzt; ihr Rechtsstatus wird jenem von EU-BürgerInnen teilweise angeglichen, Unterschiede nach Staatsbürgerschaft bleiben. In Folge wird in Österreich der **Gemeindeförderung** für diese Gruppe geöffnet sowie das **passive Betriebsratswahlrecht** für Drittstaatsangehörige eingeführt.

2006

20. November: In Wien findet erstmals der **International Transgender Day of Remembrance** statt. Dabei soll Trans als geschlechtliche und geschlechterüberschreitende Lebensweise sichtbar gemacht, gefeiert sowie ermordeten Transmenschen gedacht werden.

Beschluss eines **Behindertengleichstellungs-Begleitgesetzes**, mit dem diskriminierende Berufszugangsschranken beseitigt werden sollen. Der Begriff der „körperlichen und geistigen Eignung“ wird aus den Berufsgesetzen gestrichen. Nunmehr haben auch Menschen mit Behinderung Zugang zum Lehrer- oder Richteramt.

2007

Die 15-jährige **Arigona Zogaj** taucht vor ihrer **Abschiebung** in den **Kosovo** unter und lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit für einen kurzen Augenblick auf die in verstärktem Maße stattfindenden Abschiebungen. Arigona wird zur **Symbolfigur** für ein unmenschliches Abschiebesystem.